

Danziger Zeitung.



Nr 9452.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhae gasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 Mk. 50 Pf. — Auswärts 5 Mk. — Interne, pro Zeit-Blatt 20 Pf., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Detemeyer und Rud. Nossen; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Haeserstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. A. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.

Abonnements-Einladung.

Abonnement auf die Danziger Zeitung pro Dezember nimmt jede Postanstalt zum Preise von 1 Mk. 67 Pf. entgegen; diesige abonniren für 1 Mk. 50 Pf. in der Expedition, Kettnerhae gasse No. 4.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 26. Novbr. Der Oberstaatsanwalt beim Kammergericht hat bei dem Anklageten des Staatsgerichtshofes den Antrag gestellt, den Grafen Harry Arnim als vermeintlichen Verfasser der Brocks „Pro nihilo“ wegen Landesverraths in Anklagestand zu versetzen. Der Anklagetenat hat hierüber Mittwoch in geheimer Sitzung Beschluss gefaßt.

Paris, 26. Novbr. Die „Agence Havas“ erklärt: Die russischen und deutschen Blätter, welche ihr vorgeworfen, haben, die Nachricht von der Mobilisierung dreier russischen Divisionen am 14. Novbr. verbreitet zu haben, befinden sich im Irrthum. Die „Agence Havas“ hat die einer englischen Agentur entstammende Nachricht nicht verbreitet, sondern sich vielmehr beeilt, ein Dementi zu publiciren, sobald dasselbe aus Petersburg eingetroffen war.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Barmen, 25. Novbr. Nachm. 5½ Uhr. Das hiesige, erst im vorigen Jahre eröffnete prächtige Stadttheater steht in hellen Flammen.

— 25. Novbr. Abends 7½ Uhr. Das Stadttheater ist bis auf die Mauern ausgebrannt. Drei Personen (ein Decorationsmaler mit einem Gehilfen und einem Lehrling), die sich von der Spitze des Hauses aus durch Herabspringen zu retten suchten, haben dabei den Tod gefunden.

Paris, 25. Novbr. Gegen diejenigen Journaux, welche die von Cassagnac am 23. d. in der Bonapartisten-Versammlung in Belleville gehaltene Rede veröffentlicht hatten, soll die gerichtliche Verfolgung eingeleitet werden. (S. unten Paris). — Nach einer Meldung der „Agence Havas“ hat Don Carlos am 23. c. von Durango aus eine Proclamation an die Freimaurer erlassen und dieselben zur energischen Zurückweisung des von der Nordarmee drohenden Angriffs aufgefordert.

Versailles, 25. Novbr. National-Versammlung. Die Artikel 9 bis 12 des Wahlgesetzes wurden in dritter Besprechung genehmigt, ein von der Linken gefesseltes Amendement, welches die Offiziere der Territorialalarme für nicht wählbar erklärte, wurde mit 383 gegen 295 Stimmen abgelehnt. Der Art. 13, der die Annahme eines imperativen Mandats für null und nichtig erklärt, wurde mit allen gegen 42 Stimmen angenommen. Bei Beratung des Art. 14 vertagte sich die Versammlung auf morgen.

Petersburg, 25. Novbr. Nach dem von dem Reichs-Controle-Amt über die Ergebnisse der Verwaltung im Jahre 1874 erststattenen Berichte haben die Einnahmen über 19 Millionen Rubel, die Ausgaben 4 Millionen Rubel mehr betragen, als im Budget berechnet war. An Garantieraten für Eisenbahnen wurden 6 Millionen weniger als im Jahre 1873 eingezahlt. Der reine Bilanzüberschuss beträgt 15 600 000 Rubel. In Staatschulden sind in den 5 Jahren von Anfang 1870 bis Ende 1874 87 800 000 Rubel getilgt worden.

Danzig, den 26. November.
Gestern hielt der Reichstag keine Plenarsitzung ab, desto eifriger waren die Commissionen

an der Arbeit. In der gestrigen Sitzung der Petitionscommission wurde, wie zu erwarten war, der Antrag der Referenten, über die Petitionen wegen Wiederherstellung der Eiszollzölle zur Tagesordnung überzugehen, mit sehr großer Majorität angenommen. Das vorliegende Material war natürlich zu umfangreich, als daß es im Einzelnen hätte vor der Commission erörtert werden können. Nach der Übersicht, welche der Referent gab, stammen die schußzöllnerischen Petitionen zumeist aus dem Westen, aus Rheinland und Westfalen, dann aber auch aus Oberschlesien, Stadt Hannover u. s. w. Den Schußzoll waren am lebhaftesten die landwirtschaftlichen Vereine und die Seefläche eingetreten, und hier stand unsere Provinz an der Spitze. Doch gab es auch einzelne Ausnahmen, welche Verwunderung erregen müssen. Wenn die Handelskammer einer Stadt, wie Greifswald, eine schußzöllnerische Kundgebung erläßt, dann darf man sich nicht wundern, daß auch ein landwirtschaftlicher Verein, der für Niederbayern, abweichend von allen seinen Genossen in einer Petition für den Schußzoll eintritt.

Wir glaubten, daß sich nun auch schon die letzte Lücke, durch welche die schußzöllnerischen Bestrebungen ihren siegreichen Einzug in die Wirtschaftspolitik des Reiches zu halten gedachte, geschlossen hat. Dem ist aber nicht ganz so, wir werden auch noch ferner auf der Hut sein müssen. So finden wir in der „Schles. Ztg.“ folgende Notiz: „An den Umstand, daß Fürst Bismarck in seiner großen Reise, der er sich über weitaussehende Steuerreformprojekte und über rein constitutionelle Fragen sehr eingehend aussprach, der so nahe liegenden handelspolitischen Frage gar nicht (?) gedachte, werden die verschiedenen Combinationen geflüstert. Wenn nationalliberale Blätter daraus schließen, daß der Reichskanzler jeder Hinneigung zum Schußzoll entagt habe, und auch in diesem Punkte mit Camphausen d'accord sei, so halten wir das doch für einigermaßen gewagt. Er scheint auch die gesamte Situation zur Zeit keineswegs dazu angehant, die Schußzöllner Hoffnungen zu bereichern, so wird doch vielfach angenommen, daß die Bestrebungen des Herrn von Kardorff beim Fürsten Bismarck keineswegs auf Antipathie gestoßen seien.“ Da das Verhältnis des Reichskanzlers zur „Schles. Ztg.“ keineswegs ein derartiges ist, daß seine Ansichten zuerst in jenem Blatte angedeutet werden könnten, so müssen wir annehmen, daß diese Mitteilungen über die Gesinnungen des Fürsten Bismarck vom Abg. v. Kardorff aus auf irgend einem Wege bis in die „Schles. Ztg.“ gelangt sind, und so dürfen wir wohl erwarten, daß dahinter nur Hoffnungen des vielgewandten freiconservativen Abgeordneten stecken, die wenig Aussicht auf Erfüllung haben. Unsere Vermutung über die Quelle jener Notiz finden wir auch dadurch bestätigt, daß im Anschluß an jene Notiz auch ein „kleiner Rückblick“ in der großen parlamentarischen „Majorität“ angezeigt wird, der dadurch bemüht wird, daß in den Reihen der Freiconservativen eine Verständigung darüber eingetreten ist, daß Minister Camphausen die neuen Steuern, für welche sich die freiconservativen Organe so sehr erwärmt haben, zu lau vertheidigt hat.

In Reichstagskreisen wurde in diesen Tagen viel ein Artikel der „Kölner Ztg.“ besprochen, welcher sich als aus Reichstagskreisen stammend einführt und alle die Gerüchte von einem bevorstehenden Bruch zwischen dem Reichskanzler und dem Reichstag abschwächt, speziell der national-liberalen Partei als Mehrheit, desto eifriger waren die Commissionen für Steuervorlagen betrifft, so ist dies durch die

„Überflüssige Sorgen“ bezeichnet. Was die Steuervorlagen betrifft, so ist dies durch die

Hörungen des Fürsten Bismarck selbst bereits bestätigt. Die Frage ist aber, ob der Reichskanzler auch in Bezug auf die weitaus schwerwiegendste Voraussetzung der gegenwärtigen Session zugedachten Vorlagen, die Strafgeleyne, denselben Standpunkt einnehmen wird. Der gedachte Artikel sieht dies voraus. Es meint: „Was der Reichstag nach bestem und leidenschaftlosen Ermeessen nicht annehmen kann, lehnt er ab, wie das ja auch mit andern Vorlagen geschehen ist. Eine Cabinetsfrage oder die Notwendigkeit eines Bruchs liegt doch wahrscheinlich nicht vor.“ Wenn der Artikel weiter bestätigt, es sei freilich Pflicht, der Reichsregierung alle Mittel zu gewähren, deren Notwendigkeit sie darin hat, um die staatsfeindlichen Elemente niederguzuhalten, so wird jeder patriotisch gesinnte Mann damit selbstverständlich übereinkommen. Nur kommt es darauf an, ob man sich über das, was als „Notwendigkeit“ zu betrachten, wird einige können. Als die Thronrede bekannt wurde, ist es von den Organen der den Ausschlag gebenden Partei rücksichtslos ausgesprochen worden, daß, wenn die von der Reichsregierung gewünschte partielle Revision des Strafgesetzbuchs sich wirklich auf die Befreiung der bei der praktischen Handhabung desselben hervorgetretenen Lücken und Mängel bezieht, eine Verständigung ohne große Schwierigkeiten zu erzielen sein werde; aber es wurde unverhohlen hinzugefügt, daß die bekannte Novelle einzelne Vorläufe enthalte, welche nicht als eine Ausfüllung von Lücken und Mängeln des Strafgesetzbuchs, sondern nur als eine Negation principieller Grundlagen desselben betrachtet und deshalb schlechterdings nicht gutgeheißen werden könnten. Der Verfasser jenes Artikels, welcher sich nach der ausdrücklichen Erklärung der „Kölner Ztg.“ in „Reichstagskreisen“ befindet, ist über diese Sachlage nicht im Unklaren. Wenn er andererseits so fest überzeugt ist, daß bei Ablehnung der unannehmbaren Theile der Novelle „eine Cabineisfrage oder die Notwendigkeit eines Bruchs doch wahrscheinlich nicht vorliege“, so kann man nur annehmen, daß er außer von der Stimmung der parlamentarischen Kreise auch von den An- und Absichten des Reichskanzlers nähere Kenntnis hat. Ist dem so, so wird man seine Ausführungen auf liberaler Seite nur mit Befriedigung begrüßen können. Nachdem am Montag der Reichskanzler eine so correct constitutionelle Haltung bekundet, ist freilich kein Grund einzusehen, weshalb er dem Reichstage die Stellung eines dem Bundesrat vollkommen gleichberechtigten Factors, welche er in Bezug auf die Steuervorlagen bereitwillig anerkannte, in Bezug auf andere Gesetzgebungsgegenstände bestreiten sollte. Und so darf man denn, da über die beiderseitige Absicht, nur das Vaterlandes Beste zu wollen, kein Zweifel bestehen kann, auch der gefahrvoollen Klippe der gegenwärtigen Session müßtig und guter Zuversicht entgegenstehen.

Bestimmtlich ist der Bischof von Straßburg, statt nach Berlin zum Reichstage, nach Rom zum Papste gereist. Nach clericalen Angaben handelt es sich bei dieser Reise um die Bestellung eines Coadjutors für den greisen Bischof. Wie jetzt die ultramontane „Römische Volkszeitung“ meldet, wäre zu diesem Zwecke kein Anderer ausseren, als der gegenwärtige Bischumverwalter der Erzdiözese Freiburg, der wegen seiner Aufsicht gegen die badischen und preußischen Kirchengesetze häniglich bekannte Bischof i. p. Kübel. In eifässischen Correspondenzen clericaler Blätter wird der Reichsregierung ab und zu mit großem Varmut inspiirt, sie wolle den „Culturkampf“ auch auf mehrheit, speciell der national-liberalen Partei als Reichsland ausdehnen. Bestätigt sich indeß die Ernennung Kübels zum Coadjutor des Bischofs Räß, so wird dadurch auch der letzte Zweifel dar-

über beseitigt, von welcher Seite in Wahrheit die kirchenpolitischen Gewürzkniffe hervorgerufen werden.

Der österreichische Handelsminister Graf Clumeti ist so eben in Pest gewesen, um eine Verständigung mit Ungarn in der Zollfrage zu treffen. Er soll in Pest nicht allein die Willigung des ungarischen Ministeriums zur Kündigung des englischen Handels- und Zollvertrages, sowie der Nachtrags-Convention angestrebt, sondern auch die Zustimmung zu der absoluten Nichterneuerung des Zollvertrages mit England angestrebt haben. Die „N. Fr. Br.“ schreibt: Nach den Intentionen der österreichischen Regierungen dürften Handels- und Zollverträge überhaupt nur mit wenigen Staaten, wahrscheinlich sogar bloß mit Italien und Deutschland, abgeschlossen werden. Mit den anderen Staaten dürfen dagegen Handelsverträge mit der Clauzel der Meistbegünstigung, jedoch ohne besonders vereinbarte Zolltarife, vereinbart werden. Während die Zustimmung Ungarns zur Kündigung der englischen Handelsverträge nach seiner Haltung in der Zollkonferenz kaum verwirkt werden kann, ist es noch sehr fraglich, ob es mit dem beabsichtigten Vorgehen der österreichischen Regierung bei dem Abschluß der neuen Verträge einverstanden ist.

Die Verhandlungen über den italienisch-französischen Handelsvertrag, welche dem Abschluß schon nahe schienen, sind in letzter Zeit auf Schwierigkeiten gestoßen. Der „R. B.“ schreibt man darüber aus Paris: Die Differenzen, welche sich unter Anderem auf die vorläufig festzuhaltende Dauer des Vertrages beziehen, sind an sich nicht bedeutend, werden es aber durch die Wichtigkeit Frankreichs, die Mehrzahl seiner sämtlichen Verträge binnen nicht allzu langer Zeit zu revidieren. In Folge dieser Absicht ist Frankreich nicht geneigt, Zugeständnisse zu machen, die bei bevorstehenden Verhandlungen mit anderen Mächten Prädilectionen bilden und seine künftige Haltung beeinflussen würden. Die französische Regierung will, wie gesagt, demnächst ihre Handelsverträge, so weit die selben fund, durchweg erneuern, und es soll die Einleitung dieser Erneuerung eine Hauptarbeit des Jahres 1876 bilden. Man darf indessen nicht daraus schließen, daß sie gewillt sei, sich wesentlich mehr als bisher dem Schutzsystem in die Arme zu werfen. Im Gegenteil ist sowohl bei der Regierung wie bei den Handelskammern die Ansicht vorherrschend, daß Frankreich den Aufschwung seiner Industrie der Annäherung seiner Handelspolitik an das Freihandelssystem verleiht, und man beabsichtigt demgemäß, von dem bisherigen Verfahren nicht weit abzuweichen.

Den am 30. Juni 1864 abgeschlossenen Handelsvertrag mit der Schweiz hat Frankreich, wie telegraphisch gemeldet wurde, nun bereits für den 24. November 1876 gekündigt. Wie man aus Bern schreibt, hat der Vertreter Frankreichs, Graf d'Harcourt, bei Überreichung des Kündigungsschreibens gleichzeitig mitgetheilt, daß man französischerseits so bald als möglich die Unterhandlungen über die Erneuerung der gegenseitigen Vertragsverhältnisse eröffnet zu sehen wünsche; inzwischen mache seine Regierung den Vorschlag, daß bis zum Abschluß des neueren Vertrages die seitlichen Vertragsbestimmungen in Anwendung zu bringen seien. Der Schweizer Bundesrat hat sich zur Aufnahme neuer Unterhandlungen sofort bereit erklärt; in Bezug des Vorschlags, die seitherigen Vertragsbestimmungen bis zum Abschluß des neuen Vertrages gelten zu lassen, hat derselbe jedoch noch keinen Beschluß gefaßt.

Das Pariser officielle Telegraphenbureau, die „Agence Havas“, steht seit einiger Zeit in dem

„Leben des Sultans“.

Der „Economiste Français“ veröffentlicht in seinen letzten Nummern eine eingehende Studie über die Türkei, ihre politische und materielle Lage. Der Verfasser, Herr Eschbach, kommt dabei immer wieder auf die Allgewalt des Sultans zu sprechen und hält es daher für angemessen, dieser von einem überirdischen Nimbus umgebenen Persönlichkeit etwas näher zu treten.

„Die Gewalt des Sultans“, sagt hr. Eschbach, ist eine absolute; frei von jeder Kontrolle und Verantwortlichkeit, ist sie weder durch berathende Versammlungen noch durch die Öffentlichkeit, irgendwie Rechenschaft zu legen, noch irgendwelchen Ansicht einzuholen, eingehärrt. Der Sultan vereinigt in seiner Hand die gesetzgebende, die richterliche und die vollstrerende Gewalt. Der Muselman sagt: „Der Sultan ist der Schatten Gottes auf Erden“ oder auch: „Ein Befehl des Sultans ist das Gesetz selbst“. Die äuferen Zeichen, mit welchen das Volk und die Großen ihre Ehrfurcht vor dem Sultan zu erkennen geben, entsprechen dieser Allgewalt. Er empfängt höchstens die durch Constantinopel reisenden Mitglieder regierender Familien, die Botschafter, den Großvezier, den Scheit-ul-Islam und in langen Zwischenräumen einige Minister oder Provinz-Gouverneure. Die Türken, welche zu ihm Zutritt erhalten, nähern sich ihm nur zitternd; meistens müssen sie mehrere Stunden warten, ehe sie vorgelassen werden. Sobald sie die Schwelle des Zimmers, in welchem sich der Sultan befindet, überschritten haben, bleiben sie dicht an der Wand mit weit vorgebeugtem Körper, die Hände über dem Leibe gekreuzt, in demütigster Stellung oder richtig ganz neudeckt stehen. Man soll dem Sultan nicht

sich Angesicht blicken; höchstens magt der Gast, wenn der Sultan das Wort an ihn richtet, einen verstohlenen und flehenden Blick auf den Herrscher. Auf jede seiner Neuerungen antwortet man mit einem tsemena, d. i. einem türkischen Grusse, indem man nämlich die rechte Hand an die Lippen und an die Stirne führt. Je tiefer die Hand sich neigt, ehe sie sich zu den Lippen erhebt, desto ehrfurchtsvoller ist der Grus. Vor dem Sultan sinkt sie bis zum Boden herab. Man darf sich nicht vor ihm setzen. Davon gibt es nur eine Ausnahme, wenn nämlich der Sultan einen fremden Souverän oder Bringen zu Tische ladet, dann sind auch die Minister zugezogen und müssen sich nothgedrungen zum Essen setzen; aber auch dann tun sie es so wenig wie möglich und halten sich länglich am Rande ihres Sessels. Wenn der Sultan öffentlich erscheint, so grüßt er nicht das Volk und das Volk darf ihm auch nicht zurufen. Ein jeder nimmt auf seinem Wege die oben beschriebene Stellung ein. Man erhält erst einen richtigen Begriff von der absoluten Gewalt und ihren Folgen, wenn man diesen Mann allmächtig und mit geringfügiger Macht durch die schwiegende Menge, deren schmückige Gewänder und düstere Blicke ein resignirtes Elend verkünden, vorüberreiten sieht.

Abdul-Aziz spricht keine fremde Sprache, aber er schreibt das Türkische kalligraphisch, was bei den Orientalen etwas gilt. Sein Palast zerfällt in zwei streng abgetrennte Theile: den von seinen Frauen bewohnten Harem und den Salamlik, in welchem das männliche Personal des Schlosses sich aufhält und die Gäste empfangen werden. Der Sultan verläßt gewöhnlich den Harem zwischen neun oder zehn Uhr Morgens und kehrt erst um neun oder zehn Uhr Abends dahin zurück. Er zeigt

sich seinen Kämmerern, die ihn mit Tagesanbruch erwarten, in folgendem schlichten Aufzuge: ein weißes Käppchen auf dem Haupte, die bloßen Füße in bequemen Pantoffeln, den Leib in ein Gebisholik gehüllt, eine Art von großgeblümtem, hellfarbigem Schlafruck, unter welchem er eine Unterhose trägt. Der erste Secretär empfängt seine Befehle für die Geschäfte, die der Großvezier durch ein besonderes, zu diesem Behufe errichtetes Bureau vorlegt; dann kommt das Dejeuner, eine immer sehr reichliche Mahlzeit, da der Sultan sich einen vortrefflichen Appetit erfreut. Er speist allein, läßt sich aber dabei von den in ehrfurchtsvoller Entfernung stehenden Kämmerern durch pikante Stadtgeschichten, meistens über Minister oder sonstige Persönlichkeiten, denen er nicht gerade grün ist, unterhalten, wobei in der Wahl der Ausdrücke eine für unsere Begriffe ganz unglaubliche Freiheit herrscht. Wenn er dann empfängt oder ausgeht, legt er das offizielle Costüm an, greift aber so bald als möglich wieder zu dem Haussleide zurück. In seiner Jugend war Abdul-Aziz ein unerschrockener Reiter, ein Freund der Jagd und des Fischfangs, jetzt hat er aber schon längst jede Leibesübung aufgegeben. Zu Pferde steigt er höchstens noch des Freitags, um nach der Moschee zu reiten und dort sein Gebet zu verrichten. Zu seiner Unterhaltung läßt er sich Athleten oder Wilder und Hahnenkämpfe vorführen, oder er erweist einem seiner Kämmerer die Ehre, mit ihm eine Partie Dribbal oder Dame zu spielen. Gegenwärtig beschäftigt er sich mit Malerei; bald will er nichts als Landschaften, bald wieder Genrebilder, bald Schlachtengemälde. Unter den letzteren gefallen ihm die am besten, auf welchen die Österreicher von den Türken geschlagen werden; doch faucht er sie nur dann, wenn recht viele Österreicher sterben.

Altschottländer Synagoge.
Sonntags, den 27. Novbr., Vormittags
10 Uhr Predigt. (834)
Heute Abend 4½ Uhr wird meine liebe
Frau **Maria**, geb. **Wessel**, von
einem gesunkenen Mädchen glücklich ent-
bunden.
Dirschau, den 25. November 1875.
Eduard Allert.

Durch das Hinscheiden des Herrn
A. J. Weinberg, der seit Be-
gründung unseres Vereins dem Vor-
stand angehörte, haben wir einen
schweren, unersetzlichen Verlust zu be-
klagen.

Wie der Verstorbene jedem Werke
der Barmherzigkeit mit Herz und Hand
sich gern widmete, hat auch unser
Verein ihm hauptsächlich seine segens-
reiche Wirksamkeit zu danken und wir
betrauern den treuesten Hütter unserer
Interessen, den eifrigsten Förderer
unserer Bestrebungen.

Möge das ehrenvolle Andenken,
welches dem edlen Verbliebenen durch
seine vielen guten Werke für alle
Seiten gewahrt ist, den Hinterliebenen
zum Troste gereichen.

Danzig, den 25. Novbr. 1875.

Der Vorstand
der israelitischen Kranken-
Unterstützungskasse.

Nachruf.

Durch den am 22. dies. Mts. er-
folgten Tod des Kaufmanns Herrn
A. J. Weinberg

verlieren wir in dem Dahingeschie-
denen ein Mitglied, welches seit einer
Reihe von nahezu 20 Jahren un-
unterbrochen seine Kräfte der Ge-
meinde widmete und sich unsere Liebe
durch sein aufopferndes und wohl-
thätiges Wesen zu erwerben ver-
stand.

Die durch sein Dahinscheiden ent-
standene Lücke wird schwerlich em-
pfanden werden und wird der Ver-
storbene in unserem Gedächtnisse
fortdauernd leben.

Der Vorstand
der **Weinberger Israeliten-**
Gemeinde.

Der unterzeichnete Verein hat durch
den Tod des
Herrn A. J. Weinberg,
seines langjährigen Vorstandsmit-
gliedes, einen schweren Verlust erlitten.
Sein unermüdliches Bestreben
durch Rath und That die Interessen
des Vereins zu fördern, sichern ihm
ein dauerndes und dankbares An-
denken.

Der Vorstand
des **Hirsch-Weiss'schen**
Ausstattungs-Vereins.

Kalender p. 1876
in grösster Auswahl vorrätig bei

Th. Anhuth, Langenmarkt 10.

6%

Amerikan. Anleihe
pro 1885

mit Mai- u. November-Coupons.
Zur Rückzahlung am 15. Februar
1876 sind gefordert:
die Stücke von \$ 1000 No. 1—2800,
" " " 500 " 1—500,
" " " 100 " 1—850,
" " " 50 " 1—550,
welche wir schon jetzt courtoisfähig ein-
lösen.

Meyer & Gelhorn,
Bank- und Wechsel-Geschäft.

Chocoladen-Praline,
à Pf. 12 und 16 Fr. , empfiehlt
Paul Liebert,
Hundegasse No. 77.

Eine erneute Sendung vorzüglichster

Enten und Kapaunen

empfing und empfiehlt

Julius Tetzlaff.

Große Marzipanmandeln,

Puder-Zucker

empfiehlt

H. Entz, Langenmarkt

No. 32.

Hirschbraten,

Hasen, Enten und

Gänse

empfiehlt

Magnus Bradtko.